

27. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 10. bis 12. Mai 1976

Grenzen der Ertragsbesteuerung?

Professor Dr. Hugo von Wallis, München Präsident des Bundesfinanzhofs

- I. Die Grenzen der Ertragsbesteuerung als Rechtsproblem
- II. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27.10.1975 (HFR 1976, 31)
- III. Zu den ökonomischen und rechtlichen Grenzen der Ertragsbesteuerung
- IV. Sind die Einkommensteuer und Vermögensteuer bei der Bestimmung der Grenze der Ertragsbesteuerung zusammenzurechnen?
- V. Schützt das Grundgesetz nur, wenn das Steuergesetz generell gegen die Eigentumsgarantie verstößt?
- VI. Wie kann ein Steuererlass (§ 131 RAO) bei konfiskatorischer Wirkung angewandt werden?

Aktuelle Fragen der Steuergesetzgebung

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bundesfinanzministerium, Bonn

- I. Aus dem Füllhorn der Vorschläge zur Steuergesetzgebung
- II. Einführung des Verlustrücktrags
- III. Die Körperschaftsteuerreform
- IV. Wichtige Änderungen der Einzelsteuergesetze durch das Einführungsgesetz zur AO-Reform
- V. Zur steuerlichen Problematik der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen
- VI. Ausblick auf die Gesetzgebung der nächsten Legislaturperiode

Die Abgabenordnung 1977 —Eine kritische Würdigung

Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum

- I. Ziele der AO-Reform
- II. Verwirklichung der Reformziele
 1. Wiederherstellung des Mantelgesetzes
 2. Verbesserung der Gesetzssystematik
 - a) Mängel der Reichsabgabenordnung
 - b) Gliederung der AO 1977
 - c) Mängel der Gliederung
 - d) Definitionen
 - e) Zusammenhang der Materien
 - f) Terminologische Mängel
 3. Inhaltliche Verbesserungen
 - a) Verjährung von Steueransprüchen und Berichtigung von Steuerbescheiden
 - b) Anpassung an das allgemeine Verwaltungsrecht
 - c) Außenprüfung und Zusagen.
- III. Schlussbemerkung

Die Versorgung der Unternehmer und der ihnen nahe stehenden Personen unter der Geltung des Betriebsrentengesetzes

Rechtsanwalt Peter Ahrend, Gesellschafter-Geschäftsführer der Beratungs-GmbH für Altersversorgung, Steuerberatungsgesellschaft Dr. Dr. Ernst Heissmann, Wiesbaden

Einleitung

- A. Persönlicher Geltungsbereich des Betriebsrentengesetzes (BetrA VG) Analyse des § 17
 - I. § 17 Abs. 1 BetrAVG als Arbeitnehmerschutzbestimmung
 - II. § 17 Abs. 1 Satz 2 BetrAVG als Schutzgesetz für Nicht-Arbeitnehmer
 - III. Ergebnis
 - IV. Exkurs: Versorgung von Handelsvertretern
- B. Besondere arbeitsrechtliche Probleme
 - I. Sachlicher Geltungsbereich des Betriebsrentengesetzes
 - II. Unverfallbarkeit und flexible Altersgrenze
 - III. Insolvenzschutz und Pensions-Sicherungs-Verein
 - IV. Werterhaltung von Versorgungsleistungen
- C. Steuerrechtliche Problematik
 - I. Einzelkaufleute und Personengesellschafter
 - II. Organpersonen und Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften
 - III. Die Versorgung mitarbeitender Ehegatten und Kinder

Zusammenfassung

Fragen des vorläufigen Rechtsschutzes im Besteuerungsverfahren unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Abgabenordnung 1977

Rechtsanwalt Dietmar Ahrndsen, Fachanwalt für Steuerrecht, München

- I. Zur Antragstellung
 - 1. Die Wahl zwischen dem Antrag aus § 242 (§ 361) Abs. 2 AO an das Amt und dem Antrag aus § 69 Abs. 3 FGO an das Gericht
 - 2. Formelle Voraussetzungen
 - a) Antragserfordernisse
 - b) Rechtsschutzbedürfnis
 - (i) Das Problem der Verrechnung von Vorauszahlungen
 - (ii) Das Problem der „freiwilligen“ Zahlungen.
- II. Vorläufiger Rechtsschutz bei Folgebescheiden
 - 1. Folgeaussetzung
 - 2. Vorläufiger Rechtsschutz beim Streit um die Feststellung eines Verlustes im Grundlagenbescheid
 - a) Zeitlich nachfolgender Folgebescheid
 - b) Zeitlich vorweggenommener Folgebescheid
 - 3. Folgeaussetzung bei Gewerbesteuerermessbescheiden
- III. Langdauerndes Aussetzungsverfahren
 - 1. Das Problem
 - 2. Bisherige Lösungsversuche
 - 3. Anspruch auf einstweilige Einstellung der Vollstreckung
- IV. Widerruf der Aussetzung der Vollziehung
- V. Wirkung des Aussetzungs- oder Aufhebungsbeschlusses
 - 1. Vollziehbarkeit
 - 2. Die erkämpfte Aussetzung: ein Pyrrhussieg?

Korreferat zum Referat Kruse und zum Referat Ahrndsen
Ministerialdirektor Dr. Karl Koch Bundesfinanzministerium

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über die Referate

Prof. Dr. Heinrich Wilhelm Kruse,
Rechtsanwalt Dietmar Ahrndsen,
Ministerialdirektor Dr. Karl KOCH

Leitung der Diskussion:
MinDirektor Dr. KOCH, BFM Bonn

Teilnehmer der Diskussion:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht AHRNSEN, München
Finanzgerichtspräsident Dr. JESSEN, Berlin
Prof. Dr. KRUSE, Bochum
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. RAUPACH, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. HALLERBACH, Duisburg

1. Berücksichtigung des Kaufkraftschwundes
2. Reform der Grunderwerbsteuer
3. Zur AO 1977
4. Verbot der Verwertung rechtswidrig ermittelter Tatsachen
5. Berichtigung aufgrund neuer Tatsachen
6. Zum vorläufigen Rechtsschutz im Besteuerungsverfahren
7. Nichterhebung von Säumniszuschlägen

Zur Bilanzierung von Nutzungsverhältnissen (insbesondere Miete, Pacht, Nießbrauch, Lizenzen)

Rechtsanwalt Dr. Uwe CLAUSEN, München

- A. Zu den Begriffen Nutzungsrecht, Nutzungsverhältnis
- B. Unterscheidung der Nutzungsverhältnisse nach der rechtlichen Ausgestaltung
 - I. Unterscheidung nach dem Gegenstand
 1. Schuldrechtliche Nutzungsrechte
 2. Dingliche Nutzungsrechte
 3. Nutzungsrechte aus Lizenzverträgen
 4. Nichtschutzzfähige Nutzungsvorteile
 - II. Unterscheidung nach dem Entgelt
- C. Der bilanzielle Ausweis von Nutzungsrechten und Nutzungsvorteilen
 - I. Vorbemerkung
 - II. Die Aktivierungsvorschriften für immaterielle Wirtschaftsgüter
 - III. Nutzungsverhältnisse als schwebende Geschäfte?
 - IV. Maßgeblichkeit der Typik des Nutzungsverhältnisses?
 1. Rechtskauf und Dauerrechtsverhältnis als Rechtstypus
 2. Versuch einer Abgrenzung von Nutzungsverhältnissen nach Typusmerkmalen
 - V. Maßgeblichkeit eines Erwerbsvorgangs im Sinne einer Veränderung der Güterzuordnung
 1. Grundsätzliches
 2. Dingliche Nutzungsverhältnisse
 3. Lizenzverträge

4. Schuldrechtliche Nutzungsverhältnisse
 - a) Grundsätzliches
 - b) Eintritt in schuldrechtliche Nutzungsverhältnisse
 5. Nicht schutzfähige Nutzungsverhältnisse
 - a) Allgemeines
 - b) Mietereinbauten und -umbauten
 6. Auslösungen und Abstandszahlungen
 7. Tausch von Nutzungsrechten
- VI. Abschreibung von Nutzungsrechten

Korreferat zum Referat Clausen

Dr. Georg Döllerer, Richter am Bundesfinanzhof, München

1. Nutzungsverhältnis auf der Passivseite der Bilanz
2. Nutzungsverhältnisse als Einlage

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

RA Dr. Uwe CLAUSEN

Leitung der Diskussion:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. DÖLLERER, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. HALLERBACH, Duisburg

1. Änderung der Güterzuordnung als Grundlage der Bilanzierung
2. Passivierung einer Bierbezugsverpflichtung
3. Verstärkung einer öffentlichen Straße als immaterielles Wirtschaftsgut
4. Abschreibung beim Grundstücksnießbrauch
5. Bilanzierung eines Grundstücks durch eine Personengesellschaft

Gestaltungsfragen bei Personengesellschaften einschließlich GmbH & Co im Lichte der neueren BGH- und BFH-Rechtsprechung

Rechtsanwalt und Notar Dr. Jürgen Ebeling, Fachanwalt für Steuerrecht, Hannover

- A. Einzelne Folgen aus der Abkehr von der Bilanzbündeltheorie
 - I. Sonderleistungen eines Gesellschafters für die Gesellschaft
 - II. Gewillkürtes und notwendiges Betriebsvermögen
 - III. Entgeltliche und unentgeltliche Übertragung von Sonderbetriebsvermögen
 - IV. Auseinandersetzung und Realteilung
- B. Grundsätze zur ertragsteuerlichen Anerkennung von Mitunternehmerschaften unter Familienangehörigen und deren Vereinbarkeit mit der Begründung von Nießbrauchrechten
 - I. Ertragsnießbrauch am Einzelunternehmen
 - II. Anteilsnießbrauch oder Nießbrauch am Gewinnstammrecht im Rahmen von Mitunternehmerschaften
- C. Einzelfragen zur Ergebnisverteilung
 - I. Probleme der betrieblichen Altersversorgung in Familiengesellschaften
 - II. Gesellschafter-Geschäftsführer als stiller Gesellschafter im Rahmen einer GmbH
 - III. Zivilrechtliche Ausgleichung von ertragsteuerlich unzutreffend zugerechneten Gewinnanteilen
 - IV. Wirksamkeit von Steuerklauseln

- D. Ausscheiden von Gesellschaftern
- I. Erbschaftsteuerliche Bewertung von Abfindungsguthaben im Hinblick auf BStBl 1976 II S. 17
 - II. Ausscheiden eines Gesellschafters oder Gesellschafter-Erben gegen Rente im Bewertungsrecht
 - III. Abfindung in Sachwerten nach Realteilungsgrundsätzen oder als Tauschvorgang?
 - IV. Zivil- und bewertungsrechtliche Beurteilung der Einziehung von Geschäftsanteilen unter Berücksichtigung der neuen BGH-Rechtsprechung
 - V. Neuere Zivilrechtsprechung zur Frage des Beginns der Zehn-Jahres-Frist für Pflichtteils-Ergänzungsansprüche — Auswirkungen auf den schenkungsteuerlichen Begriff der Ausführung einer Schenkung?
 - VI. Berücksichtigung des gesetzlichen Nachholungsverbots von Entnahmeansprüchen im Gesellschaftsvertrag

Korreferat zum Referat Dr. Ebeling
Richter am BFH Dr. Ludwig Schmidt

1. Gewinnrealisierung bei Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter in eine Personengesellschaft?
2. Familiengesellschaften
3. Nießbrauch
4. Körperschaftsteuerreform

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat
Rechtsanwalt Dr. Jürgen EBELING

Leiter der Diskussion:
Richter am Bundesfinanzhof DR. SCHMIDT, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

1. Nießbrauch an den Erträgen einer freiberuflichen Praxis
2. Verpachtung eines Anteils an einer Personengesellschaft

Zur Problematik der Anschaffungs- und Herstellungskosten
Richter am BFH Dr. Georg Döllner, München

Einleitung

- I. Anschaffungskosten und Herstellungskosten im betrieblichen Bereich
 1. Anschaffungskosten
 - a) „Anschaffungskosten“ einer Forderung
 - b) „Anschaffungskosten“ einer Verbindlichkeit
 2. Herstellungskosten
 3. Herstellungskosten vor Entstehung eines Wirtschaftsguts
 4. Kosten einer Fehlplanung
 5. Verbrauchsteuern = Herstellungskosten?
 - II. Anschaffungs- oder Herstellungskosten im gesellschaftlichen Bereich
 1. Sacheinlagen und verdeckte Einlagen
 2. Verdeckte Gewinnausschüttungen
 3. Auflösung der Gesellschaft
 4. Verschmelzung und Umwandlung
 - III. Anschaffungs- oder Herstellungskosten bei Steuervergünstigungen
- Schlussbemerkung

Korreferat zum Referat Dr. Döllerer

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Karl Erich Bachmayr, München

- A. Zum Ansatz unfertiger Erzeugnisse
- B. Bewertung unverzinslicher oder niedrig verzinslicher Verbindlichkeiten beim Schuldner
- C. Die Behandlung der verdeckten Einlage, insbesondere beim einlegenden Gesellschafter
 - I. Die Behandlung der verdeckten Einlage in der Handelsbilanz des verdeckt einlegenden Gesellschafters
 - II. Zur steuerlichen Behandlung der verdeckten Einlage beim einlegenden Gesellschafter

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

Richter am Bundesfinanzhof DR. GEORG DÖLLERER

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. BACHMAYR, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

- 1. Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Beteiligung bei verdeckter Einlage
- 2. Behandlung verdeckter Einlagen in eine ausländische Tochtergesellschaft
- 3. Behandlung der Kosten einer Fehlplanung
- 4. Aktiver Posten der Rechnungsabgrenzung bei unverzinslichen Verbindlichkeiten
- 5. Sonderabschreibung gem. § 7a EStG bei nachträglichen Herstellungskosten
- 6. Aktivierung von Zinsen bei langfristigen Anschaffungsvorgängen

Gesellschafter-Zuschüsse und Gesellschafter-Darlehen bei Kapital- und Personengesellschaften

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater Bruno Gassner, Stuttgart

- I. Kapitalgesellschaften
 - 1. Rangrücktritt der Gesellschafter mit ihren Darlehensforderungen bis zur Befriedigung der fremden Gläubiger
 - 2. Forderungsverzicht des Gesellschafters als verdeckte Einlage
 - 3. Forderungsverzicht durch eine dem Gesellschafter nahe stehende Person
 - 4. Bewertung der verdeckten Einlage aus einem Forderungsverzicht bei der Kapitalgesellschaft und dem Gesellschafter
 - 5. Zuschuss an die Gesellschaft mit bedingter Rückzahlungsverpflichtung aus künftigen Gewinnen.
- II. Personengesellschaften
 - 1. Abkehr von der Bilanzbündeltheorie
 - 2. Einzelne Anwendungsfälle
 - a) Darlehen und Sanierungszuschüsse der Gesellschafter
 - b) Guthaben auf Privatkonto
 - c) Vorrang des eigenen Betriebsvermögens vor dem Sonderbetriebsvermögen
 - 3. Hoffnung auf die weitere Rechtsprechung

Korreferat zum Referat Gassner

Richter am Bundesfinanzhof Heinrich Beisse, München

- I. Einige einleitende und methodische Bemerkungen seien vorausgeschickt.
- II. Die Besteuerung der Kapitalgesellschaften knüpft weitgehend an die zivilrechtlichen Gestaltungen an.
- III. Fragen, die die Besteuerung der Personengesellschaften betreffen.

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

Wp StB Bruno GASSNER

Leiter der Diskussion:

Richter am Bundesfinanzhof BEISSE, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

1. Auswirkungen des Konsolidierungsgedankens
2. Behandlung eines bedingten Zuschusses an eine Kapitalgesellschaft
3. Zinsverzicht als verdeckte Einlage

Umsatzsteuerliche Gestaltungen zur Erreichung des Vorsteuerabzugs

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Finanzministerium des Landes NRW, Düsseldorf

- I. Zwischenschaltung von Vermietern
- II. Bebauung von Ehegatten- und Gesellschaftergrundstücken
- III. Auswirkungen des neuen § 15a UStG (Vorsteuerberichtigung bei langlebigen Wirtschaftsgütern)

Korreferat zum Referat Schwarze

Richter am FG Dr. Werner Schöll. München

- I. Zwischenvermietung
- II. Bebauung von Ehegatten- und Gesellschaftergrundstücken
- III. Auswirkungen des §15a UStG

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

MinRat Dr. Rembert SCHWARZE

Leiter der Diskussion:

Richter am Finanzgericht DR. SCHÖLL

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

- I. Vorsteuerabzug bei Bebauung eines Ehegatten gemeinsam gehörenden Grundstücks
- II. Umsatzsteuerliche Behandlung von Zwischenvermietungen

Grenzüberschreitende Gewinnabgrenzung bei Betriebsstätten — Ein systematischer Versuch

Ministerialrat a.D. Wolfgang Ritter, Ludwigshafen

- I. Typische Sachverhalte
- II. Gewinnabgrenzung nach nationalem Recht
 1. Ziele und Grundsätze der Gewinnabgrenzung
 - a) Unbeschränkte Steuerpflicht
 - b) Beschränkte Steuerpflicht
 - c) Gewerbesteuer
 - d) Grundsätze der Gewinnabgrenzung
 2. Methoden der Gewinnabgrenzung

3. Schutz gegen künstliche Gewinnverlagerung
4. Referenten-Entwurf eines ESt-Reformgesetzes
5. Gegenprobe: Abgrenzung des Vermögens

III. Gewinnabgrenzung bei DBA

1. Ziele der Gewinnabgrenzung laut DBA
 - a) Vermeidung der Doppelbesteuerung
 - b) Bilaterale Kongruenz
 - c) Keine Begünstigung von künstlichen Gewinnverlagerungen
 - d) Keine Änderung der Grundsätze der Gewinnermittlung
2. Die Theorie der „Selbständigkeit“
3. Die Problematik des arm's-length-Prinzips
4. Die „Dotation“
5. „Entnahme“ und „Entstrickung“ – Missverständnisse der Gewinnabgrenzung?
6. Zusammenhänge mit der periodengerechten Besteuerung
 - a) Abgrenzungsmethoden
 - b) Keine übereilte Gewinnrealisierung
 - c) Gründungskosten
 - d) Kostenverteilung
7. Gegenprobe: Abgrenzung des Vermögens

IV. Ergebnisse

Korreferat zum Referat Ritter

Oberregierungsrat Heinz Neubauer Bundesamt für Finanzen, Bonn - Bad Godesberg

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

MinRat a.D. Ritter

Leiter der Diskussion:

Oberregierungsrat NEUBAUER, Bonn — Bad Godesberg

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

- I. Gewinnermittlung ausländischer Betriebstätten
- II. Nutzung eines Patents durch ausländische Betriebsstätte

Personengesellschaften im Körperschaftsteuerrecht

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Ludwig Schmidt, München

- A. Die Beteiligung einer Kapitalgesellschaft an einer Personengesellschaft (die Kapitalgesellschaft als Gesellschafterin einer Personengesellschaft)
 - I. Die Beteiligung an einer Personengesellschaft in der Handels- und Steuerbilanz der Kapitalgesellschaft
 1. Die Rechtsprechung des BFH
 2. Körperschaftsteuerreform
 3. Offene Fragen
 4. Weitere Rechtswirkungen
 - II. Probleme der verdeckten Gewinnausschüttung bei Beteiligung einer Kapitalgesellschaft an einer Personengesellschaft
 1. BGH-Urteil vom 5.6.1975 II ZR 23/74
 2. Aus der jüngsten Rechtsprechung des BFH zur verdeckten Gewinnausschüttung

3. Verdeckte Gewinnausschüttung nach dem KStG 1977
- III. Realteilung einer Personengesellschaft
 1. BFH-Urteil vom 10.2.1972 IV 317/65, BStBI II 1972, 419
 2. Anwendung auf die Realteilung einer Personengesellschaft, an der eine Kapitalgesellschaft beteiligt ist
 3. Körperschaftsteuerreform
- B. Die Beteiligung einer Personengesellschaft an einer Kapitalgesellschaft im geltenden und künftigen Körperschaftsteuerrecht
 - I. Die Rechtsprechung des BFH zu § 19 Abs. 1 Nr. 2 KStG und zu § 9 KStG
 1. Personenbezogene Kapitalgesellschaft
 2. Schachtelprivileg bei Zwischenschaltung einer OHG
 - II. Offene Fragen und evtl. Konsequenzen im Anwendungsbereich der §§ 9 und 19 KStG
 1. Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
 2. Treuhänder
 3. Sonderbetriebsvermögen einer Personenhandelsgesellschaft — *societas quoad sortem*
 4. Atypische stille Gesellschaft
 5. Gesellschaft des bürgerlichen Rechts ohne Gesamthandsvermögen (Mets-Verbindung)
 6. Doppelstöckige Personengesellschaft als Anteilseignerin einer Kapitalgesellschaft
 - III. Konsequenzen der BFH-Rechtsprechung für die Anwendung anderer körperschaftsteuerrechtlicher Vorschriften
 1. Internationales Schachtelprivileg
 2. § 12 Abs. 2 UmwStG 1969
 3. § 7a KStG
 - IV. Körperschaftsteuerreform
 1. Anrechnungsverfahren
 2. Personenbezogene Kapitalgesellschaften
 3. Schachtelprivileg und indirekte Steueranrechnung
 4. Umwandlungsteuerrecht
 5. Organschaft
 - V. Kritische Bekenntnisse

Korreferat zum Referat Dr. Schmidt

Rechtsanwalt Fachanwalt Dr. Lüder Meyer-Arndt, Köln

- A. Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz
- B. Zur Fiktionstheorie
- C. Zur Realteilung einer Personengesellschaft
- D. Schachtelprivileg

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

DR. LUDWIG SCHMIDT

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt Fachanwalt für Steuerrecht DR. MEYER-ARNDT, Köln

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

- A. Steuerliche Behandlung des Gewinnanteils eines atypischen stillen Gesellschafters an einer Kapitalgesellschaft
- B. Zur Fiktionstheorie
- C. Zurechnung des Einkommens bei sog. Mehrmütterorganschaft

Ausgewählte Probleme der Gemeinnützigkeit

Ministerialrat Dr. Siegfried Widmann, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

- I. Aktueller Anlass — Neufassung der AO
- II. Die gemeinnützigen Körperschaften
 1. Folgen der Gemeinnützigkeit
 - a) Steuerfreie Vermögenserträge
 - b) Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb
 - c) Zweckbetrieb
 2. Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit — Grenzfälle
 - a) Förderung der Allgemeinheit
 - b) Selbstlosigkeit
 - c) Satzungsgemäße Festlegung
 3. Die gemeinnützige Unternehmensstiftung insbesondere
 - a) Vorteile
 - b) Ausschließlichkeit und Unmittelbarkeit
 - c) Spenden des Unternehmens an die gemeinnützige Körperschaft
 4. Wegfall der Gemeinnützigkeit
- III. Ertragsteuerliche Folgen beim Stifter
- IV. Auswirkungen auf den Spendenabzug
- V. Erbschaftsteuerliche Frage

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat

MinRat Dr. Widmann und über die Körperschaftsteuerreform

Leiter der Diskussion:
MinRat WREDE, Bonn

Mitwirkender der Diskussion:
MinRat DR. WIDMANN, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HALLERBACH, Duisburg

Schwerpunkte der Körperschaftsteuerreform

1. Bedeutung der Ausschüttungsbelastung von 36 v. H.
2. Gliederung des Eigenkapitals der Kapitalgesellschaften nach der Belastung mit Körperschaftsteuer
3. Durchführung der Anrechnung oder Vergütung von 36 v. H.
4. Verdeckte Gewinnausschüttung im Anrechnungsverfahren
5. Entlastung besteuert Rücklagen bei Liquidation oder Umwandlung
6. Entlastung bei Ausschüttung vor der Reform gezielter Gewinne
7. Außensteuerliche Wirkung des neuen Systems
8. Zusammenhang mit der Harmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft?